



Protokoll

Gremium:	Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.02.2026
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Raum, Ort:	Huldigungssaal, Rathaus, Eingang K, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Anna Bauseneick

Beschließende Mitglieder

Dr. Corinna Maria Dartenne

Thomas Dißelmeyer

Jule Grunau

Andreas Neubert

Matthias Wiebe

Vertretung für: Andrea Schröder-Ehlers

Grundmandat

Cornelius Grimm

Vertretung für: Eike Freitag

Verwaltung

Matthias Rink

Markus Moßmann

Sebastian Prigge

Annika Pupke

Eckhard Pols

Manuel Vogel

Isabell Junkereit

Gäste

Herr von Mansberg (Intendant Theater)

Frau Dr. Düselder (GF Museumsstiftung Lüneburg)

Herr Günther (GF SALVA)

Frau Schütte (Autobahn GmbH)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 04.11.2025	
4	Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2025	
5	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
6	Einwohnendenfragen	
7	Theater Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024/2025 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12302/26
8	Museumsstiftung Lüneburg - Wirtschaftsplan 2026	MV/12294/26
9	SALVA Lüneburg GmbH - Ermächtigung der Geschäftsführung zum Abschluss eines Betriebsführungsvertrages über die kaufmännischen Leistungen für das Jahr 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12303/26
10	Sachstand Realisierung A39	
11	Anträge und Anfragen	
11.1	Antrag "Lüneburgs Wärmenetze kommunalisieren" (Antrag der SPD-Fraktion und Ratsfrau Esders vom 24.04.2025, eingegangen am 24.04.2025)	VO/11862/25
12	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Bauseneick begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitglieder der Verwaltung zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung. Anschließend stellt sie bei der Anwesenheit von 5 Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 04.11.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 04.11.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 04.12.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Zu TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink teilt mit, dass am 27.02.2026 der Erwerb der Anteile an der e.novum Lüneburg GmbH notariell beglaubigt wird.
Außerdem berichtet er, dass die Erschließung des Gewerbegebietes „Bilmer Berg II“ am 05.06.2026 von 11.00-15.00 Uhr mit einem Fest gefeiert wird, bei dem die Wirtschaftsförderung im Landkreis Harburg GmbH (WLH) über den Fortschritt und die Gewerbeansiedlung berichten wird.

Zu TOP 6 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

- keine -

Zu TOP 7 Theater Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024/2025 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12302/26

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:
Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Theater Lüneburg GmbH werden angewiesen

1. für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024/2025 und für die Übernahme des Jahresüberschusses i.H.v. 253.600,41 € als Gewinnvortrag in das laufende Geschäftsjahr 2025/2026 zu stimmen.
2. der Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024/2025 zuzustimmen.

**Zu TOP 9 SALVA Lüneburg GmbH - Ermächtigung der Geschäftsführung zum Abschluss eines Betriebsführungsvertrages über die kaufmännischen Leistungen für das Jahr 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12303/26**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:
Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der SALVA Lüneburg GmbH werden angewiesen, der Ermächtigung der Geschäftsführung zum Abschluss eines Vertrages über die Erbringung von kaufmännischen Betriebsführungsleistungen durch die Avacon Wasser GmbH an die SALVA Lüneburg GmbH für das Jahr 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer SALVA Lüneburg GmbH (SALVA), erläutert die Notwendigkeit des Betriebsführungsvertrages. Da die SALVA keine eigene personelle Ausstattung habe, müssen kaufmännische Dienstleistungen extern vergeben werden. Der bisherige Betriebsführungsvertrag mit der Avacon Wasser GmbH soll weitergeführt werden.

Zu TOP 10 Sachstand Realisierung A39

Beratungsinhalt:

Frau Schütte von der Autobahn GmbH berichtet anhand der beigefügten Präsentation über den aktuellen Sachstand zur Realisierung der A39.

Ratsherr Grimm fragt nach der Klage des 7. Bauabschnitts der A39 und ob die geplante Ausschreibung für den Abschnitt in Lüneburg realistisch sei.

Frau Schütte führt aus, dass am 13.05.2026 die Verhandlung des beklagten 7. Bauabschnitts stattfindet. Sie gehe davon aus, dass die Entscheidung des BVerwG zum 1. Bauabschnitt in Lüneburg ca. ein halbes Jahr später getroffen werde. Bei einem positiven Ausgang des ersten Verfahrens hoffe sie auf eine positive Strahlkraft und die Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten eines Sofortvollzugs für den 1. Bauabschnitt.

Desweiteren fragt Ratsherr Grimm nach der vorgestellten GST-Sperrung der Ilmenaubrücke. Frau Schütte erklärt, dass die Brücke schadhaft sei und perspektivisch mit einer Sperrung für Großraum- und Schwertransporte gerechnet werden müsse. Diese Verkehre bedürfen dann einer gesonderten Genehmigung, weil ein Ausweichen auf die städtische Infrastruktur nicht möglich sei.

Weiter fragt Ratsherr Grimm, ob schon Aussagen getroffen werden können, ob für das Gewerbe-

gebiet Bilmer Berg, die seitens der Stadt in Erwägung gezogene Unterführung für den Anschluss des Gebietes „Bilmer Berg III“ notwendig werden wird. Darüber hinaus möchte er wissen, welche Auswirkungen die Verzögerung der Umsetzung des Baus der A39 auf den Bereich Bilmer Berg habe.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass sich das thematisierte Bauwerk planungs- und bautechnisch im 2. Bauabschnitt für den Neubau der A39 befindet. Die tatsächliche bauliche Umsetzung ist somit als nicht zeitkritisch für die Entscheidungsfindung der Erschließungsstrategie „Bilmer Berg III“ zu bewerten. Parallel dazu arbeitet die Verwaltung an einer Machbarkeitsstudie, welche die Erschließungsmöglichkeiten zum „Bilmer Berg III“ verkehrstechnisch im Detail betrachtet und bewertet. Die Machbarkeitsstudie betrachtet den nördlichen Anschluss des neuen Gewerbegebietes „Bilmer Berg III“ an die im Zusammenhang mit dem Bau der A39 zu verlegende B216 und die Otto-Brenner-Straße.

Sollte sich für einen solchen Anschluss entschieden werden, könnte die neben der Fuß-, Fahrrad- und Fledermausunterführung optional geplante zweite Autobahnunterführung zwischen „Bilmer Berg II“ und „Bilmer Berg III“ ggf. entfallen. Als Kfz-Erschließung für Bilmer „Bilmer Berg III“ würde der direkte Anschluss an die B216 ausreichen.

Erster Stadtrat Moßmann berichtet in diesem Zusammenhang über die Qualitätsoffensive und die Generalsanierung der Deutschen Bahn, da diese auch Auswirkungen auf die Baumaßnahmen in Stadtgebiet haben. Sollte es bei der Bahn zu Verzögerungen kommen, könne dies ebenfalls zu Verzögerungen, etwa bei den Baustellen in der Dahlenburger und Bleckeder Landstraße führen. Zudem gibt er zu bedenken, dass eine Verschiebung der Qualitätsoffensive in das Jahr 2027 zur Folge hätte, dass die Baustellen rund um den Bahnhof erst nach 2027 fertig gestellt werden könnten. Die Baustellen würden dann parallel zum Bau der A39 erfolgen.

Ratsherr Dißelmeyer bemängelt bei den Ausführungen von Stadtrat Moßmann den fehlenden Bezug zur A39.

Vorsitzende Bauseneick erläutert, dass die bestehenden Baustellen, die Baumaßnahmen der Deutschen Bahn und der Bau der A39 durchaus als im Zusammenhang stehend betrachtet werden könnten.

Ratsherr Grimm möchte wissen, ob die neue Autobahnbrücke über die Ilmenau geeignet sei, damit unter ihr auf der Industriebahn Eisenbahntransporte in ein mögliches, nördlich der Autobahn gelegenes, Gewerbegebiet fahren können.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass das neue Brückenbauwerk auf der A39 über die Ilmenau als 3-Feld-Bauwerk geplant und gebaut wird. Die Planunterlagen sehen hierfür den erforderlichen Raum für den Überschwemmungsbereich der Ilmenau vor sowie den Standardquerschnitt einer nicht elektrifizierten Gleisanlage.

Ratsfrau Dr. Dartenne dankt Herrn Moßmann für die Darstellung der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Baumaßnahmen, da diese auch Auswirkungen auf die Bürger haben. Sie habe gesehen, dass die Stadtverwaltung und die WLG in einem guten Austausch stünden.

Zu TOP 11 Anträge und Anfragen

**Zu TOP 11.1 Antrag "Lüneburgs Wärmenetze kommunalisieren" (Antrag der SPD-Fraktion und Ratsfrau Esders vom 24.04.2025, eingegangen am 24.04.2025)
VO/11862/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion und der Ratsfrau Esders wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Ratsherr Dißelmeyer dankt der Verwaltung für ihre Stellungnahme. Nun läge es beim Rat dies ausführlich zu beraten und eine Entscheidung zu treffen. Die Möglichkeit der Kommunalisierung der Wärmenetze solle dauerhaft von der Verwaltung geprüft werden. Zudem bittet er die Verwaltung zusätzlich noch eine Pro und Contra Übersicht zu erstellen.

Ratsfrau Dr. Dartenne dankt ebenfalls der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme. Sie bittet Ratsherrn Dißelmeyer sich die Pro und Contra Übersicht selbst zu erstellen und der Verwaltung keine weitere Arbeit zu machen. Zudem stellt sie klar, dass der Antrag keinen Auftrag enthalte die Kommunalisierung dauerhaft zu beraten. Sie bittet über den Antrag abzustimmen und diesen dann zurück in den Rat zu verweisen.

Vorsitzende Bauseneick bittet die SPD zu überlegen, wie mit dem Antrag verfahren werden solle.

Stadtrat Rink macht deutlich, dass dies eine der umfangreichsten Stellungnahmen der Verwaltung sei und jedem der Aufwand einer Kommunalisierung klar sein solle. Zudem wurde der SPD, durch die zweimalige Vertagung, bereits die Möglichkeit gegeben erneut Fragen zu formulieren, welche jedoch nicht wahrgenommen worden sei. Wenn der Rat den Antrag befürworte, solle von diesem auch ein Vorschlag gemacht werden, wie die Finanzierung aussehen solle, da die Verwaltung hierfür keine Möglichkeit sehe.

Ratsherr Grimm wundert sich, dass der Antrag weiterhin aufrechterhalten wird. Er empfiehlt den Antrag zurückzuziehen. Solle die Kommunalisierung irgendwann wichtig werden, könne ein neuer Antrag gestellt werden.

Ratsfrau Grunau hat in der Zwischenzeit die von Ratsherr Dißelmeyer gewünschte Übersicht erstellt und werde ihm diese zuschicken. Sie bittet sie über den Antrag abzustimmen oder diesen zurückzuziehen.

Ratsherr Neubert macht deutlich, dass der Antrag aufrechterhalten werden solle.

**Zu TOP 12 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen
Angelegenheiten**

Beratungsinhalt:

- keine -

Anna Bauseneick

Matthias Rink